

## Kommentare

### Vor stürmischen Zeiten? Die Gewerkschaftstage von ver.di und IG Metall

Ende September/Anfang Oktober fanden die Kongresse der beiden größten Gewerkschaften des DGB –ver.di (in Leipzig) und IG Metall (in Nürnberg) – statt. Sie vertreten 71 Prozent der knapp. 6 Mio. Mitglieder der DGB-Gewerkschaften. Nach vier Jahren ziehen ca. 500 Delegierte plus Hauptamtliche bei IGM, ca. 1000 Delegierte und Gäste bei ver.di Bilanz. Die Vorstände legen Rechenschaft ab und werden neu gewählt. Prominente Politiker aus Regierung und Parteien – an der Spitze die Kanzlerin – umsmeicheln die Delegierten. Die Vorsitzenden halten eine Grundsatzrede, in der Standort, Programmatik und Perspektiven der Organisationen dargelegt werden sollen. Schließlich werden Entschließungen und Anträge diskutiert und verabschiedet, die dies für die kommenden Jahre konkretisieren sollen. Solche Kongresse sind Marksteine zivilgesellschaftlicher Demokratie; denn die meisten Delegierten sind als Betriebsräte, Vertrauensleute und als Gewerkschaftsfunktionäre nicht nur in den Betrieben aktive Träger der Wirtschaftsdemokratie. Die Wahlen und die Debatten sind Ausdruck des Selbstbewusstseins, der inneren Geschlossenheit und des geistig-intellektuellen Niveaus der Organisation – und sie geben Aufschluss über die Relevanz der verschiedenen politisch-weltanschaulichen Strömungen in der Einheitsgewerkschaft.

ver.di verabschiedete Frank Bsirske als ersten Vorsitzenden. Er hatte die Ge-

werkschaft seit ihrer Gründung im Jahre 2001 – in äußerst schwierigen Zeiten – geführt und genießt nach wie vor ein außerordentlich hohes Ansehen. Sein Nachfolger wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende Frank Werneke, der vor der ver-di-Gründung dem Vorstand der IG Medien unter Detlef Hensche angehörte. Die IGM bestätigte den alten geschäftsführenden Vorstand unter dem 1. Vorsitzenden Jörg Hofmann. Dass dieser nur 71 Prozent der Stimmen – also einen „Dämpfer“ – erhielt, reizte die Presse zu Spekulationen über Spannungen im Apparat, zwischen der Führung und Teilen der Basis (vor allem unter den Betriebsräten der großen Automobilunternehmen). Noch scheint also auch die Nachfolgefrage für den 1. Vorsitzenden nicht geklärt. Mit lang anhaltendem Beifall zum Grundsatzreferat des Vorsitzenden dokumentierte der Kongress allerdings einen Tag später seine Loyalität zum 1. Vorsitzenden. Die IGM ist stolz darauf, dass in ihrer Geschichte immer wieder Verwaltungsstellen oder Bezirke ihre Eigenständigkeit gegenüber dem Vorstand („denen in Frankfurt“) – auch über solche „Denkzettel“ – demonstriert haben. Selbst Otto Brenner oder Franz Steinkühler bekamen solche Lektionen! Das „Traumergebnis“ (98 Prozent) für den bekennenden Sozialisten im Vorstand, Hans-Jürgen Urban, deutet darauf hin, dass unter den Delegierten nicht nur dessen Intelligenz und Loyalität zur Organisation, sondern auch dessen Engagement in den sozialen Bewegungen und in den kapitalismuskritischen Debatten der politischen und wissenschaftlichen Linken anerkannt werden.

In der Epoche der großen Transformation – im Zeichen der neoliberalen He-

gemonie und ihrer Krise seit dem Crash von 2008 – stehen die Gewerkschaften nicht nur in Deutschland unter einem enormen Druck. In den meisten entwickelten kapitalistischen Staaten haben sie Mitglieder verloren; ihre Finanz- und Kampfkraft erodiert; ihr Einfluss im politischen Raum – oft verbunden mit einer starken Sozialdemokratie – hat sich vermindert. Globalisierung (einschl. „Entindustrialisierung“ durch Standortverlagerung), Finanzmarktkapitalismus und die neoliberale Politik (Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes) haben diese Prozesse verstärkt. Jetzt werden sie mit den Folgen dieser Politik (soziale Spaltungen, Zunahme von Prekarität, Abbau von sozialen Sicherungen) sowie mit einem technologischen Innovationsschub („Digitalisierung“; Industrie 4.0), mit den Wirkungen einer ökonomisch-ökologischen „Zangenkrise“ und schließlich mit einer Krise der Demokratie und dem Aufschwung rechtspopulistischer (aber auch offen rechtsautoritär-faschistischer) Bewegungen konfrontiert. Dazu kommen die Konflikte im Zusammenhang der Kämpfe um eine neue Weltordnung, die die Aufrüstung und die Kriegsgefahr vortreiben. In einigen Ländern hat der Widerstand gegen diese Klassenpolitik allerdings zu einem Aufschwung der Klassenkämpfe und zu einem Comeback der Gewerkschaften geführt. Aus der Opposition heraus kämpfen in den USA und Großbritannien Politiker um Mehrheiten, die sich als Sozialisten bezeichnen und vom linken Flügel der Gewerkschaften unterstützt werden.

ver.di und IGM repräsentieren eine hoch fragmentierte Struktur des „gesellschaftlichen Gesamtarbeiters“ und

des Arbeitsmarktes. Im wachsenden Dienstleistungssektor konzentrieren sich die Widersprüche des Finanzmarktkapitalismus und der Austeritätspolitik ebenso wie die Folgen der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und der Sozialstaatsdemontage. Prekäre Arbeitsverhältnisse – ohne Schutz durch Tarifverträge, Betriebsräte und Sozialgesetze – sind hier besonders weit verbreitet. Gleichzeitig verbreitet sich hier die (scheinbar grenzenlose) Willkür kapitalistischer Ausbeutung (auch der Arbeit von Migranten). Gewerkschaftlicher Schutz und kollektive Interessenvertretung müssen von ver.di vielfach neu erkämpft werden. Der Gewerkschaftstag unterstützte daher u.a. die Forderung, den Mindestlohn auf 12 Euro/Stunde zu erhöhen. ver.di hat seit 2001 viele Mitglieder – vor allem im öffentlichen Dienst, bei der Post usw. – verloren. Gleichzeitig wurden viele Mitglieder in neuen Bereichen (z. B. im Einzelhandel, bei Pflegeberufen, Krankenhaus- und Flughafenpersonal etc.) gewonnen. Die Mitgliederbilanz bleibt jedoch negativ! ver.di muss viele Kämpfe führen, Niederlagen verarbeiten, Vertretungsstrukturen neu aufbauen. Auch die Matrix-Struktur, die bei der Gründung von ver.di beschlossen wurde, muss offensichtlich dringend reformiert werden, um eine höhere Flexibilität zu erreichen. Daher steht die Frage der Mitgliedergewinnung zur Stärkung der Organisationsmacht immer wieder im Vordergrund. Nur so kann der schwindenden Tarifbindung entgegengewirkt werden – u.a. durch eine Reform des Tarifvertragsgesetzes, die die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen gegen die Arbeitgeber durchsetzt. Gleichzeitig wurden im

Gesundheitswesen wichtige Ansätze für eine „qualitative Tarifpolitik“ entwickelt und praktiziert. Darüber hinaus waren die Debatten durch die Erkenntnis bestimmt, dass „gute Arbeit“ und „gutes Leben“ (zu dem auch die 30-Stunden-Woche gehört) nur durch die Überwindung des Profitsystems und der politischen und gesellschaftlichen Macht des Kapitals erreicht werden können. Realutopie ist eine „solidarische Gesellschaft“ – geprägt durch eine „am Gemeinwohl orientierte Politik“. In dieser (allerdings sehr allgemeinen) Perspektive, die den Kampf gegen rechts und für eine „sozial-ökologische Wende“ einschließt, muss sich das politische Mandat der Gewerkschaften, zu dem sich auch der neue Vorsitzende bekannte, konkretisieren. Mehr als andere Gewerkschaften ist ver.di nicht nur mit dem Interessengegensatz von Kapital und Arbeit in Wirtschaft und Gesellschaft, sondern auch mit dem kapitalistischen Staat als einer „Verdichtung von Kräfteverhältnissen“ der Klassen verbunden.

Die IG Metall mit ihren starken Positionen (hoher Organisationsgrad, Führung von Betriebsräten) in der Automobil- und Elektroindustrie, im Maschinenbau und bei den Zulieferern) wird weltweit als besonders mächtige Gewerkschaft angesehen. Die Mitgliederzahlen sind seit 2011 leicht angestiegen (obwohl der Organisationsgrad im Verhältnis zu den „goldenen Zeiten“ vor 1991 zurückgegangen ist). Die Ergebnisse der letzten Tarifrunde – die Kombination von Lohnerhöhungen und individuellen Optionen auf Arbeitszeitverkürzung – gelten als Ausweis ihrer Macht und Kampfkraft, die in zahlreichen 24-Stunden-Streiks demonstriert wurde. Die IGM profitiert

von der Stärke der deutschen Exportindustrien, an der Spitze der Automobilindustrie. Der selbstbewusste Blick auf Vergangenheit und Gegenwart wird allerdings durch massive Befürchtungen im Blick auf die nahe Zukunft eingetrübt. Auf der einen Seite drohen die Arbeitgeber der IG Metall mit der Aufkündigung der Tarifpartnerschaft, die durch massive Austritte aus dem Arbeitgeberverband zunehmend in Frage gestellt wird – vor allem im Osten der Republik. Der Kampf um Mitglieder (und vor allem um neue Mitgliedergruppen: Jugendliche, Frauen, Angestellte, technische Intelligenz), die Tarifpolitik und die Stärkung betrieblicher Machtpositionen der Betriebsräte bleiben somit zentrale Aufgaben der Organisation. Auf der anderen Seite stehen die Herausforderungen, die mit der Großen Transformation und dem Übergang in eine weltweite Rezession verbunden sind. Die Debatten des Kongresses – vor allem auch das Grundsatzreferat des 1. Vorsitzenden – waren von dieser Spannung geprägt. Die Automobilindustrie steht vor gewaltigen Umwälzungen: durch den Umstieg auf Elektromobilität, durch eine strengere Klimapolitik im Rahmen einer Politik der „nachhaltigen Entwicklung sowie durch Veränderungen auf dem Weltmarkt (die insbesondere durch den Konflikt zwischen den USA und der VR China bestimmt werden). Jörg Hofmann hat Erkenntnisse der bisherigen Transformationsdebatte in der IGM in seinem Grundsatzreferat zusammengefasst, in dem er die technischen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen präzise benannt hat und gleichzeitig Forderungen der IGM in den Bereichen der Tarifpolitik (u.a. Arbeitszeit-

verkürzung), der Qualifizierungs- und Bildungspolitik sowie der betrieblichen und der allgemeinen Beschäftigungspolitik als Instrumente zur Verhinderung von Massenarbeitslosigkeit in den bislang prosperierenden Branchen und Regionen begründete.

Die Rede von Jörg Hofmann ist auch deshalb bemerkenswert, weil sie Passagen enthält, in denen die Krisenprozesse der Gegenwart, vor allem aber die zunehmende soziale Spaltung zwischen Arm und Reich, als Widersprüche des globalen Finanzmarktkapitalismus benannt werden. Immerhin wird in diesem Zusammenhang auch einmal der Name von Karl Marx erwähnt: „Aber innerhalb fast aller Länder ist die Ungleichheit zwischen Arm und Reich gestiegen. Das ist eine Folge der Doktrin des Neoliberalismus und des blinden Glaubens an die Marktgesetze. ‚Der Preis für das Überleben des Nationalstaats (...) ist die Unterordnung seiner Sozialstaatlichkeit unter das Ziel internationaler Wettbewerbsfähigkeit‘ – so bringt Wolfgang Streeck die Politik des Wettbewerbsstaates auf den Punkt.“ Daraus folgt für Hofmann: „Es ist die Rückkehr der Klassenfrage, so Branko Milanovic, einer der bedeutendsten Ungleichheitsforscher“. Das gilt nicht nur für die Kämpfe um Lohn und Arbeitszeit, sondern insbesondere für die Kämpfe um „gute Arbeit“ und „gutes Leben“ in den Bereichen der Gesundheit, der Alterssicherung, der Bildung und des Wohnens.

Am Schluss seiner Rede betonte Hofmann: „Wir brauchen eine Utopie, eine gemeinsame Vorstellung über eine erstrebenswerte Gesellschaft, die die Grenzen des Bestehenden sprengt, die begeistert, Menschen mitnimmt. Eine Gesellschaft, in der nicht die Ausbeu-

tung von Mensch und Natur gesellschaftliche Triebkraft ist, sondern die Würde des Menschen und der Arbeit. In der der Schutz der Natur und des Klimas das konkrete Handeln bestimmen. Eine Gesellschaft, die nicht getrieben ist von der Unersättlichkeit eines profitgetriebenen Marktes, sondern vom demokratischen Willen der Bürger und damit dem Primat der Politik.“ Daraus folgt: „Wir brauchen eine Politisierung unserer Gewerkschaft ... Der Kerngedanke der Gewerkschaft ist Solidarität. Statt individueller Konkurrenz setzen wir auf solidarisches Handeln. Statt betriebssyndikalistischen Denkens haben wir das Ganze im Auge. Gewerkschaften sind dabei nicht nur eine Wertegemeinschaft. Sie stellen politisch und ökonomisch eine Gegenmacht dar, eine Schranke gegen das blinde Wirken der Marktgesetze. Und genau diese Funktion müssen die Gewerkschaften, muss die IG Metall auch in der Transformation einnehmen: Gegenmacht gegen das blinde Wirken der Marktgesetze. Und dies verlangt Werte, Kompetenz und Mut. Verlangt aber vor allem auch Beteiligung und Mitnehmen.“

Für die Politik der Gewerkschaften stellt sich die drängende Frage, wie sie die Stärkung ihrer Organisationsmacht im Betrieb und die Tagesaufgaben (z. B. Abwehr der Angriffe auf die Tarifpolitik) mit Antworten auf die neuen Herausforderungen sowie mit den Kämpfen für eine solidarische Gesellschaft und Politik verbinden kann. Dazu gehört die „klare Kante“ gegen die AfD und den Neofaschismus! Historische Erfahrungen – auch aus andern Ländern – belegen, dass Gewerkschaften – auf sich allein gestellt – den großen strukturellen Umbrüchen (Ver-

nichtung von Arbeitsplätzen durch Produktionsverlagerungen bzw. durch „technologische „Revolutionen“) meist schutz- und oft auch hilflos ausgesetzt sind. In der Defensive agieren sie eher als konservative „Besitzstandwahrer“, die die Kooperation mit Sozialpartnern und Regierungsparteien suchen, um den sozialen Abstieg „abzufedern“. Der Niedergang der SPD, d.h. die Krise des „politischen Arms der Arbeiterbewegung“, hat freilich schon seit längerem Illusionen über politische Einflussmöglichkeiten zerstört. Aus solchen Anpassungsprozessen entstehen aber keine progressiven Utopien von einer solidarischen Gesellschaft, sondern – nach einem wütenden Aufbäumen – eher Resignation und Individualisierung. Gewerkschaften müssen mit Arbeitgebern und Regierungen verhandeln. Dabei entscheidet ihre Organisationsmacht auch darüber, ob sie als Bittsteller oder als Gegenmacht wirken. Sie müssen es aber auch lernen, diese Gegenmacht als Teil eines Blockes gesellschaftlicher und politischer Kräfte zu entfalten, der die utopischen Perspektiven einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft jenseits des globalen Finanzmarktkapitalismus im allgemeinen Kampf um die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse vertritt.

*Frank Deppe*

## **Kalter Krieg um das europäische Geschichtsbild**

Am 19. September 2019 verabschiedete das Europaparlament eine Resolution, in der es vorgeblich um die „Bedeutung der europäischen Vergangenheit (oder des europäischen Geschichtsbewusstseins) für die Zu-

kunft Europas“ ging. 535 Abgeordnete stimmten für diese Entschließung, 66 dagegen und 52 enthielten sich der Stimme. Die von polnischen und baltischen EU-Parlamentariern initiierte Erklärung zeigt jedoch nicht die Zukunft Europas, sondern ist ein ideologischer Rückfall in die schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges.

Auffällig ist, dass diese Entschließung in den bürgerlichen Medien keinerlei Aufmerksamkeit erfuhr. Vielleicht lag es ja an dem vollkommenen Fehlen fachlicher Substanz in den beschlossenen Aussagen. So wird z.B. behauptet, dass erst mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag „die Weichen für den Zweiten Weltkrieg gestellt wurden“, als habe die deutsche Wehrmacht nicht schon Mitte Juni 1939 ihre Kriegs- und Aufmarschplanung abgeschlossen.

Entsprechend dem heutigen polnischen Geschichtsnarrativ wird behauptet, dass durch das Eingreifen der sowjetischen Truppen am 17. September „das Land seine Unabhängigkeit ein(ge)büßt und eine beispiellose Tragödie für das polnische Volk ihren Anfang“ genommen habe. Dass es sich bei den besetzten Gebieten um die Territorien handelte, die sich Polen im Ergebnis des russisch-polnischen Kriegs 1920 einverleibt hatte, fehlt schlicht.

Vollkommen absurd ist die Aussage in der Entschließung, dass „es von entscheidender Bedeutung für die Einheit Europas und seiner Bürger und für die Stärkung des Widerstands Europas gegen die gegenwärtigen Bedrohungen von außen ist, dass an die Opfer totalitärer und autoritärer Regime gedacht werde“. Was soll die

aktuelle externe Bedrohung sein, von der die Parlamentarier sprechen?

Zwar findet sich in der Resolution ein Hinweis auf einen neuen historischen Revisionismus und Kritik an EU-Staaten (ohne Namensnennung) wegen der Verherrlichung von faschistischen Kollaborateuren. Gleichzeitig übernimmt jedoch die Resolution das historische Narrativ derselben EU-Staaten, dass Russland angeblich historische Tatsachen verfälsche „als eine gefährliche Komponente des Informationskrieges gegen das demokratische Europa“.

Diese antirussische Perspektive bildet den Kern der Resolution. Oberlehrerhaft erklären die Abgeordneten, Russland sei „noch immer das größte Opfer des kommunistischen Totalitarismus“, und es sei „so lange kein demokratischer Staat ... , wie die Regierung, die politische Elite und die politische Propaganda nicht nachlassen, die kommunistischen Verbrechen zu verharmlosen und das totalitäre Sowjetregime zu verherrlichen.“

Politisch katastrophal wird diese Rhetorik des Kalten Krieges, wenn damit Gesetze gegen das Zeigen kommunistischer Symbole in einigen osteuropäischen Staaten legitimiert werden und dort Denkmäler und Gedenkstätten für die sowjetischen Befreier von der faschistischen Barbarei ins Visier der herrschenden Geschichtspolitik genommen werden. Damit sich diese Gesichtssicht auch zukünftig im Denken der kommenden Generationen wiederfindet, fordert das Europaparlament, dass diese geschichtspolitischen Setzungen „in die Lehrpläne und die Schulbücher aller EU-Staaten aufgenommen“ werden sollen.

Es geht also darum, Europa ein „antitotalitäres“ Geschichtsbild zu verordnen. Schon 2008 hat in diesem Sinne das Europaparlament den 23. August zum „Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus“ erklärt. Diesmal stimmten aber alle Mitglieder der Fraktion der GUE/NGL gegen die Resolution. Zumindest das ist ein Lichtblick.

*Ulrich Schneider*

## **Eine Momentaufnahme der portugiesischen Wahlen**

Die Parlamentswahlen vom 6. Oktober diesen Jahres markierten das Ende eines politischen Zyklus, der es der Sozialistischen Partei Portugals (PS) ermöglicht hatte, das Land für vier Jahre zu regieren. Diese Regierung, bekannt als „geringonça“ („Klapperkiste“), war eine Minderheitsregierung, deren Stabilität durch formelle jährliche Vereinbarungen über den Staatshaushalt mit den Parteien der Linken – dem Linksblock (BE), der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) und der Grünen Ökologischen Partei (PEV)<sup>1</sup> – gesichert worden war. Durch diese Konstruktion war die Rechte (PSD und CDS) 2015 von der Macht ferngehalten worden. So wurde es in den vergangenen vier Jahren möglich, Einkommensverbesserungen und die Wiederherstellung von Rechten für breite Bevölkerungsschichten durchzusetzen, ohne den Diktaten der europäi-

<sup>1</sup> Traditionell treten PCP und PEV bei Wahlen gemeinsam unter der Bezeichnung „Vereinigte Demokratische Union“ (CDU) an.

schen Verträge und der EU zuwiderzuhandeln. In diesem politischen Kontext, in dem die Rechtsparteien unfähig waren, Alternativen aufzuzeigen, gab es drei große Unbekannte: *Erstens*: Würde es die PS schaffen, eine absolute Mehrheit zu erreichen? Und *zweitens*: Können die Linksparteien nach den Regierungserfahrungen mit Sozialdemokraten „politisch überleben“? *Drittens*: Wäre bei Abwesenheit von absoluten Mehrheiten eine revidierte „Klapperkiste“ möglich?

Bei der geringsten Wahlbeteiligung in der demokratischen Geschichte Portugals (48,6 Prozent der Wahlberechtigten, 160.000 Wähler weniger als 2015) gewann die PS die Wahlen mit 36,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die PS erhielt mehr Sitze als die traditionellen rechten Parteien zusammen, d.h. 79 für die PSD (Verlust von 10 Mandaten) und 5 für die CDS (Verlust von 13 Mandaten). Das war ein katastrophales Resultat für die Rechte; Führungskämpfe waren die Folge.

Auf der Linken konnte der BE bei Stimmverlusten seine 19 Sitze halten, während die kommunistische Koalition CDU 5 Sitze verlor, was den schon bei den Europawahlen registrierten Einbruch bestätigte. Die 2009 gegründete Tierschutzpartei PAN, die schon bei den Europawahlen im Mai einen Sitz gewonnen hatte und die 2015 nur einen einzigen Abgeordneten im portugiesischen Parlament gewinnen konnte, gehörte nun mit vier Mandaten zu den Wahlgewinnern. Außerdem kamen drei Parteien mit jeweils einem Sitz neu ins Parlament: die sozialdemokratische LIVRE (bei den Europawahlen mit Varoufakis' Diem25 verbunden), die ultraliberale IL und die extrem rechte CHEGA.

Der Erfolg der letzten, von der PS angeführten Regierungskonstellation der „Klapperkiste“, die damit punkten konnte, gleichzeitig Verbesserungen im sozialen Bereich und mehr Haushaltsdisziplin erreicht zu haben, schaffte ernste Schwierigkeiten für die traditionelle parlamentarische Rechte, was sich in den Wahlergebnissen widerspiegelte. Die Führungskämpfe, die sowohl in der PDS wie der CDS in der nahen Zukunft stattfinden werden, sind gekennzeichnet durch den Aufstieg der zwei neuen Rechtsparteien, die den Einzug ins Parlament geschafft haben. Hervorzuheben ist, dass die beiden neuen Parlamentarier aus den Reihen der PSD stammen.

Der alte und jetzt neu ernannte Ministerpräsident Antonio Costa erklärte noch am Wahlabend, dass die Ergebnisse den klaren Willen des portugiesischen Volkes für eine erneuerte „Klapperkiste“ ausdrückten. Er erweiterte die Einladung dazu auf PAN und LIVRE. Alle angefragten Parteien – PCP, PEV, PAN, LIVRE – außer BE lehnten jede Form schriftlicher Vereinbarungen ab. Zwischen PS und BE fand ein erstes Treffen statt, wobei der BE konkrete Vorschläge für ein mögliches Abkommen vorschlug. Nach einem Treffen zwischen der PS und Unternehmerverbänden einige Tage später beendete Costa aber die Verhandlungen mit dem BE. Es wurde offensichtlich, dass die jüngere Vergangenheit und das Erbe der „Klapperkiste“ von jetzt an Gegenstand politischer Auseinandersetzungen sein würden. Die Sozialisten bestehen darauf, dass Abkommen mit der Linken in der neuen Wahlperiode möglich und wünschenswert seien. Die politische Inkohärenz von Fall-zu-Fall-Vereinbarungen

wird von ihnen geleugnet und das Fehlen fester Vereinbarungen wird in der Öffentlichkeit heruntergespielt. In einem 10-Parteien-Parlament und angesichts einer dünnen Mehrheit wird für die nächsten vier Jahre erwartet, dass die Politik der PS durch fallweise Kompromisse mit verschiedenen politischen Kräften, sowohl auf der Linken wie auf der Rechten, gekennzeichnet sein wird. So kann bei jeder neu auftauchenden Schwierigkeit politische Instabilität drohen. Sowohl innerhalb wie außerhalb des Parlaments steht die portugiesische Linke vor Herausforderungen, die Entschlossenheit und eine durchdachte Strategie erfordern.

*Hugo Monteiro/Tatiana Moutinho*

### **Zum „Klimaschutzgesetz“**

Im Rahmen der EU unterliegt Klimaschutz teils dem auf EU-Ebene regulierten Emissionshandelssystem (Energiesektor, Industrie), teils der EU-Klimaschutzverordnung, für deren Umsetzung die Mitgliedsländer verantwortlich sind (Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft u.a.m.). Der am 25. Oktober d.J. erstmals im Bundestag verhandelte Gesetzentwurf der GroKo zur Einführung eines Bundes-„Klimaschutzgesetzes“ betrifft diesen zweiten Sektor.

Die bisherigen „Klimaschutzziele“ der Bundesregierungen hatten als reine Kabinettsbeschlüsse keinerlei bindende Kraft. Die in ihnen verkündeten Ziele werden nicht erreicht. Das soll nun mit dem „Klimaschutzgesetz“ gewährleistet werden. Weit gefehlt. Von welcher Seite auch immer betrachtet – unter dem Gesichtspunkt der Wirksamkeit zur Reduzierung von

Treibhausgasemissionen oder dem Gesichtspunkt der weitgehenden Kostenabwälzung auf Steuerzahler und Verbraucher, also in erster Linie die Lohnabhängigen – ist der Gesetzentwurf in der öffentlichen und fachlichen Debatte bereits einer vernichtenden Kritik unterzogen worden.

Für Abfallentsorgung muss man normalerweise nach dem Verursacherprinzip bezahlen. Bei der Gewässerreinigung unterliegen Betriebe und Kommunen Kläranlagenanschlusszwang, Gebühren, Einleitungsgrenzwerten und -verboten, ggfs. bei Zuwiderhandlung Klagen und Strafbescheiden. Das hat insgesamt zur Verbesserung der Gewässergüte beigetragen. Auch die Atmosphäre wird als „Deponie“ für Rauch- und sonstige Abgase aus Gewerbe, Verkehr, Handel, Landwirtschaft etc. genutzt. Hier gibt es für einzelne Luftschadstoffe gleichfalls Grenzwerte und Emissions- bzw. Verwendungsverbote, deren Einhaltung – entsprechende Kontrollen vorausgesetzt – staatlicherseits erzwungen werden kann.

Aber überall gilt, wie im Kapitalismus nicht anders zu erwarten: Je mächtiger die Emittenten sind, desto umstrittener sind Grenzwerte, desto mehr Ausnahmegenehmigungen und Betrug gibt es (Dieselskandal), desto gefälliger sind Parlamente, Regierungen und Verwaltungen. Aber es gilt auch: Je stärker Protestbewegungen, je größer der öffentliche Druck, desto eher können Grenzwerte verschärft und Verbote durchgesetzt werden. Bei Grenzwerten und Stoffverboten handelt es sich im Übrigen um gesellschaftliche Eingriffe in die freie Verfügung über Privateigentum an Produktionsmitteln: gesetzliche Auflagen bestimmen, wie und



was nicht produziert und in Verkehr gebracht werden darf.

Im Klimaschutz werden in bestimmten Bereichen Grenzwerte und Verbote erfolgreich eingesetzt (z. B. bei den fluorierten Treibhausgasen). Die EU-Grenzwerte für CO<sub>2</sub>-Emissionen von Kfz beziehen sich jedoch nur auf den Fahrbetrieb der einzelnen Kfz, nicht auf deren Herstellung und nicht auf die Gesamtflotte der Kfz. Relative Effizienzgewinne werden durch zunehmende Zulassungszahlen und wachsendes Gewicht der Kfz konterkariert. Z.B. soll bei VW bis 2025 jedes zweite ausgelieferte Fahrzeug ein tonnen-schweres SUV sein. Hier müsste in erster Linie nicht am Antriebssystem, sondern am Gesamtbestand der Fahrzeuge (Reduzierung der Privatmotorisierung), ihrem Gewicht und ihren CO<sub>2</sub>-Emissionen im Lebenszyklus angesetzt werden. (Große E-Mobile haben gegenüber Verbrennern kaum CO<sub>2</sub>-Vorteile über den gesamten Lebenszyklus.)

Stattdessen setzt das Klimaschutz-Gesetz bei dem für die Klimakrise quantitativ entscheidenden Treibhausgas, energiebedingtem CO<sub>2</sub>, ganz auf „marktwirtschaftliche Anreize“ durch CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Damit kann dieses Gesetz entgegen den vollmundigen Ankündigungen die Einhaltung der Klimaziele nicht garantieren oder erzwingen. *Erstens* geben selbst Regierung und Umweltministerium zu, dass es „große Unsicherheiten bei der Abschätzung der Wirkungen der geplanten Maßnahmen“ gibt. *Zweitens* enthält das Gesetz keinerlei Sanktionen, wenn die Ziele zur Reduktion von Treibhausgasemissionen verfehlt werden. Kein Automobilkonzern kann hier z.B. dingfest gemacht werden.

*Drittens* laufen das Gesetz und „Klimapaket“ auf ein gigantisches, aus Steuermitteln und von Verbrauchern zu bezahlendes Konzernförderungsprogramm zugunsten der Umstellung auf Elektromobilität hinaus, ohne auch nur im Ansatz die exorbitanten – gerade auch aus der Externalisierung der Klimakosten gespeisten – Nettoprofiten der Konzerne (VW „strotzt vor Kraft“, so die FAZ am 31.11.19) anzutasten. Die nochmal aufgestockten und zeitlich verlängerten Absatzsubventionen belaufen sich auf bis zu 30 Prozent der Kaufsumme; dazu kommt die Absenkung des Steuersatzes. Hauptadressat dieser Vergünstigungen ist der Sektor der Dienstwagenflotten, der gegenwärtig gut ein Viertel aller Kfz-Käufe ausmacht. Stattdessen wäre ein großer öffentlicher, u.a. aus Besteuerung der Nettoprofiten der großen Konzerne (nicht nur des Automobilsektors) zu speisender und unter Beteiligung der Gewerkschaften, Umweltschutzverbände etc. zu kontrollierender Fonds zu schaffen, über den Umbau und Dekarbonisierung des Verkehrsbereichs zu steuern wäre.

*Viertens* wird überhaupt nicht diskutiert, ob die Klimaziele selbst eigentlich adäquat sind. Sie sind es nicht. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hatte Mitte September darauf hingewiesen, dass die Klimaziele der Bundesregierung „keinen ausreichenden Beitrag ... zur Einhaltung der Pariser Klimaziele liefern“, wenn das nach IPCC-Berechnungen noch verbleibenden Kohlenstoffbudget für die BRD zugrunde gelegt wird (sh. auch Z 119, September 2019, S. 46). Nicht auf Regierung und Parlament, auf die Klimabewegung kommt es jetzt an.

André Leisewitz